

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post bezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 11,50 M., postfrei Colonia-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Große Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtwort: Berlin 2020, 2045, 4516 4602, 4635, 4649, 4822.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Hoffnung der Entente

General Wrangel als Retter

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 11. August.

In der „Pravda“ spricht Meschischerjakow über die Vernichtung der polnischen Magnatenherrschaft und weist auf die Hauptursachen des russischen Erfolges hin. Den Sieg verdanke das russische Volk in erster Linie dem Enthusiasmus im Kampfe gegen den niederträchtigen Ueberfall der polnischen Magnaten. Die Zahl an Kommunisten, die das Zentral-Komitee der Partei stellen mußte, wurde sehr rasch erreicht, ja es meldeten sich sogar anderthalbmal mehr Freiwillige, als die erforderlichen 100 000 Mann.

Meschischerjakow weist dann auf die große vom Süden her drohende Gefahr durch den General Wrangel hin. Dieser habe die Tatsache ausgenutzt, daß alle Kräfte an die polnische Front geworfen waren. Mit Hilfe der Entente schuf er seine Armee, bewaffnete sie vorzüglich und machte einen Ausfall aus der Krim. Wrangel sei der allerreaktionärste von allen weißgardistischen Generälen. Er werde der „Chan“ der Krim genannt. Seine rechte Hand in den Verwaltungsangelegenheiten ist der frühere zaristische Minister Krivoschein, sein geistiger Führer der bekannte Führer der Reaktion Schulgin. Wrangel will die zaristische Selbstherrschafft, die Macht der Großgrundbesitzer, der Bourgeoisie und der Generale wiederherstellen. Er habe schon ein Geleß veröffentlicht, wonach das Land, das die Bauern sich nach der Oktoberrevolution angeeignet haben, den Großgrundbesitzern zurückgegeben werden soll. Eine große neue Gefahr schwebt über den russischen Arbeitern und Bauern. Deshalb sei zur Abwehr der Wrangelbanden derselbe Enthusiasmus und dieselbe Begeisterung notwendig wie beim Kampfe gegen die polnischen Magnaten.

„Ein Strom von kommunistischen Freiwilligen muß an die Südfront“, — fährt Meschischerjakow fort — „das Zentral-Komitee muß sofort eine genügende Anzahl von Kommunisten stellen. Die Arbeiter und Bauern müssen über Wrangel und seine Ziele sofort aufgeklärt werden. Wenn die Bauern und Arbeiter verstehen werden, warum es sich handelt, so erhalten wir von ihnen neue Freiwillige, die zusammen mit den Kommunisten die ganze Armee zu Heldentaten entflammen werden. Dann wird Wrangel rasch und endgültig vernichtet sein.“

Die russische Regierung wendet sich gegen die Pressenachrichten, daß Brussilow Oberbefehlshaber an der polnischen Front sei. Die polnische Front zerfalle in zwei Armeegruppen, in eine westliche und eine südwestliche. Mit der Führung der südwestlichen Gruppe sei der 27-jährige ehemalige Leutnant der Jarenarmee, Genosse Tschatschewski, betraut. Die Führung im westlichen Abschnitt liege in den Händen des Genossen Segunow.

Paris, 11. August (Havas).

Die französische Regierung beschloß, angesichts der militärischen Erfolge, der festen Stellung der Regierung des Generals Wrangel und der erhaltenen Versicherungen bezüglich der demokratischen Form der Verwaltung als staatliche Regierung von Südrussland anzuerkennen. Ein französischer diplomatischer Vertreter wird nach Sebastopol mit dem Titel eines hohen Kommissars geschickt werden.

Die Entente wird mit General Wrangel denselben Reinsfall erleben, wie mit Koltischak, Denikin, Judenitsch und all den anderen zaristischen Versuchswürtern. Pflicht der englischen und französischen Arbeiter wird es aber sein, die Transporte nach der Krim zur Unterstützung des Wrangelschen Abenteurers zu unterbinden. Je schneller das Unternehmen zusammenbricht, desto eher wird in Europa der Friede eintreten.

Die russischen Friedensbedingungen

In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilung teilen wir laut „Daily Herald“ den Wortlaut der von Lloyd George im Unterhause bekanntgegebenen russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen mit. Sie lauten:

Die polnische Armee darf in Zukunft kein höheres Jahreskontingent als 50 000 Mann haben. Der polnische Generalstab, sämtliche Offiziere und alle Verwaltungsbeamten dürfen zusammen höchstens 10 000 Mann stark sein. Die polnische Armee wird sofort nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes demobilisiert.

Alle Waffen und Munition, die für die Armee nicht erforderlich sind, werden an Sowjetrußland und die Ukraine ausgeliefert. Die Waffen- und Munitionsindustrie wird sofort stillgelegt. Weder Waffen noch Kriegsmaterial darf aus dem Auslande nach Polen eingeführt werden.

Die Eisenbahn Wolkowisk-Bialystok-Grajewo wird Rußland zum Zwecke des Handelsaustausches von und nach der Ostsee zur Verfügung gestellt.

Die Familien aller in diesem Kriege verwundeten oder gefallenen Soldaten erhalten vom Staate Land.

Gleichzeitig mit der Demobilisierung des polnischen Heeres ziehen sich die russischen und ukrainischen Truppen aus Polen zurück. Die polnische Armee zieht sich 50 Meilen hinter die in der Note Lord Curzons vom 20. Juli bezeichnete Waffenstillstandslinie zurück.

Die endgültige Grenze des zukünftigen unabhängigen polnischen

Staates wird ungefähr dieselbe sein, die in der gleichen Note festgelegt worden ist, jedoch soll Polen besonders im Osten neues Gebiet erhalten, hauptsächlich in der Gegend von Bialystok und Cholm.

Die Lage

Leichte Entspannung in England

Amsterdam, 11. August.

Dem „Telegraaf“ zufolge sind die englischen Blätter in ihren Artikeln über die Rede Lloyd Georges optimistisch gestimmt. Sie nennen die russischen Friedensbedingungen zwar streng, halten sie aber für eine geeignete Grundlage, auf der ehrliche Friedensverhandlungen geführt werden könnten. Allgemein wird die Hoffnung ausgesprochen, daß eine Einigung zustande kommen möge und eine endgültige Regelung der europäischen Fragen an einem Konferenztisch, an dem die Alliierten, Rußland und die anderen Staaten ihre Plätze haben.

„Times“ lobt die Darlegung Lloyd Georges und nennt seine Verteidigung des Standpunktes der Alliierten offen und klar. Das Blatt gibt zu, daß Sowjetrußland das Recht habe, Bürgschaften zu verlangen, um gegen die Möglichkeit eines neuen polnischen Angriffes geschützt zu sein, fügt jedoch hinzu: Rußland hat aber kein Recht, das freie und unabhängige Polen von der Erde zu vertilgen.

Lloyd George als Vermittler

Amsterdam, 11. August.

Nach Verlesung der bolschewistischen Friedensbedingungen im Unterhause bemerkte Lloyd George: Sofort nach Empfang der Bedingungen habe ich die Note Frankreich und Italien zur Kenntnis gebracht. Wir haben der polnischen Regierung unsere ersten Eindrücke mitgeteilt. Ich halte es aber nicht für angebracht, darüber hinaus weitere Bemerkungen zu machen, da dies bedeuten würde, daß wir der polnischen Regierung die Verhandlungen aus der Hand nehmen. Ich bin aber der Meinung, daß eine neue Lage entstanden ist.

Rotterdam, 11. August.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Bei dem Empfang der Arbeiterabordnung durch Lloyd George wurde die Frage an ihm gerichtet, ob es eine Verletzung der von den russischen Delegierten übernommenen Verpflichtungen darstellen würde, wenn Kamenev Besprechungen mit der englischen Arbeiterabordnung über den polnischen Frieden, sowie Besprechungen mit polnischen Vertretern haben würde. Lloyd George wies darauf hin, daß Kamenev und Krasin nach London zugelassen seien, auf die bestimmte Versicherung hin, daß sie keine Propaganda treiben würden. Es würden deshalb Schwierigkeiten entstehen, wenn ihnen die Regierung jetzt erlaube, sich mit politischen Parteien in Verbindung zu setzen. Die Russen würden vollständig als diplomatische Vertreter behandelt und solche Vertreter würden niemals daran denken, Vertreter einer politischen Partei des Landes, wo sie sich befinden, zu empfangen. Im übrigen erklärte Lloyd George, daß er den Wunsch der Deputation, für den Frieden zu wirken, zu würdigen wisse. Er sagte, er würde keine Bedenken dagegen haben, wenn die Abordnung ihre Ideen schriftlich zur Kenntnis Kamenevs brächte.

Der russische Heeresbericht

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 10. August.

Der russische Heeresbericht vom 10. meldet: In der Richtung Kowo-Georgiewsk erreichten wir nach hartnäckigen Kämpfen einige Ortschaften 10 Meilen südlich von Madow. Beiderseits des Bug rücken unsere Truppen, den feindlichen Widerstand brechend, vor. Sie erreichten kämpfend eine Reihe von Ortschaften westlich des Bug. Am 9. August besetzten wir Biala. Wir kämpften um den Besitz von Wlodawa. Im Abschnitt Konst überschritten wir den Bug an der Bahnstraße und kämpften auf dem westlichen Ufer des Flusses. Nordwestlich von Brody warfen wir die Polen zur Ortschaft Radzivilow zurück. Am Sechzehnten kämpften unsere Truppen um den Besitz der Stadt Buzschak. Auf der ganzen Reimfront finden für uns günstige Kämpfe statt.

Miawa genommen!

Rönigsberg, 11. August.

Ueber die Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz an der Grenze Ostpreußens wird hier berichtet: Miawa ist endgültig von den Bolschewisten genommen. Die Polen haben sich auf Soldau zurückgezogen, in dessen Umgebung sie Befestigungen ausheben.

Finnland mobilisiert

H. London, 11. August.

Daily-Telegraph meldet, daß die finnische Regierung die allgemeine Mobilisation angeordnet hat. Die Eisenbahnverbindung zwischen Wiborg und dem übrigen Teil des Landes ist abgedrochen. Wahrscheinlich wird diese Mobilisation nur bezwecken, für alle Gefahren gerüstet zu sein.

(Weitere Nachrichten siehe Seite 2.)

Der Boykott gegen Ungarn

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat den Beschluß gefaßt, den über Ungarn verhängten Boykott aufzuheben. Der Boykott setzte am 20. Juni ein und wird abgebrochen, ohne sein Ziel voll erreicht zu haben. Das offen auszusprechen, ist sehr wichtig. Der Boykott sollte das System des weißen Terrors stürzen und die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten für die ungarische Arbeiterklasse wiederherstellen. Seine Kraft genügte aber dazu nicht, hauptsächlich darum, weil der Boykott gewissenhaft und lückenlos nur von dem notleidenden Proletariat Deutsch-Österreichs ausgeführt wurde, von den anderen Grenzländern Ungarns dagegen, vor allem der Tschechoslowakei, vom Proletariat wie von der Regierung, nicht mit diesem Nachdruck geführt wurde, der allein den Erfolg sicherstellen konnte. Während Österreichs und Wiens Proletariat tatsächlich jeden Verkehr unterbunden hat und die ganze Wucht des ungarischen Gegenboykotts zu tragen hatte, was bei der darbedenden Wiener Bevölkerung ein Opfer ohnegleichen war, während die Wiener Arbeiterbevölkerung, um den ungarischen Brüdern zu helfen, auf billiges Obst und Gemüse freiwillig verzichtete und mit ihrer ganzen Macht die staatlichen Behörden dazu zwang, alles zu unterlassen, was eine Erleichterung für Ungarn bedeuten würde, konnte die ungarische Regierung ihren Nachrichtenverkehr über Prag und Preßburg besorgen und bei der in der Slowakei liegenden Grenzstation gingen unbehindert große Transporte von Grubenholz, Salz und Rotationspapier nach Ungarn, deren Ausbleiben innerhalb eines Monats die Terrorregierung zur Kapitulation gezwungen hätte. Die Entbehrungen der Wiener Bevölkerung, der Durchbruch des Boykotts in der Tschechoslowakei, welche nicht einmal dazu bewegen werden konnte, die nach Ungarn nicht gelieferte Kohle Wien zur Verfügung zu stellen, dessen Elektrizitätswerk seine Kohle aus dem auf ungarischem Boden liegenden Werk Zilingsdorf bezog und durch den Gegenboykott von seiner Kohle abgesperrt wurde, die ungeheure Hitze, die die ganze österreichische Horthypresse entfaltete, die Entmutigung, die durch das Gefühl der Vereinsamung die sich der deutsch-österreichischen Arbeiterschaft bezüglich des Boykotts bemächtigte, ließen keine andere Lösung übrig, als den Boykott abzubrechen. Auch eine Erklärung des Obersten Wegdwoob, der der Vorsitzende der nach Ungarn entsandten britischen „Arbeiterdelegation“ war und sich prinzipiell gegen den Boykott wandte, hat viel dazu beigetragen, um die Stimmung für die Einstellung des Boykotts herbeizuführen.

Wenn er sein Ziel nicht ganz erfüllen konnte, so wäre es trotzdem ein großer Irrtum anzunehmen, daß er wirkungslos war und daß der Boykott als eine Waffe der internationalen Politik des Proletariats nicht angewendet werden kann. Der Boykott hat Ungarn einen großen Schaden zugefügt und hat dazu beigetragen, daß die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Zustände Ungarns gelenkt wurde. Es hat die häuerliche Bevölkerung durch die Sperrung der Obst- und Gemüseaufzufuhr und eine Senkung der Preise zu den leidtragenden des heutigen Systems gemacht, er hat sie belehrt, daß sie für die Kosten der Terroristenherrschaft aufzukommen haben. Das alles hat die politische Unzufriedenheit der Bauernschaft gegen das heutige System gestärkt. Der Boykott hat das Gefühl der Verlassenheit, der Vereinsamung der ungarischen Arbeiterschaft behoben. Er gab ihr das Gefühl, daß sie trotz ihrer heutigen Ohnmacht, ein Glied der Internationale der Arbeit ist und behob dadurch ihre Entmutigung. Die Arbeiter führen heute in Ungarn eine mutigere Sprache, als vor dem Boykott. Nach verlässlichen Berichten haben die freien Gewerkschaften sehr viele neue Mitglieder gewonnen und die christlichen Gewerkschaften haben infolge des Boykotts ihre spärlichen Mitglieder zum großen Teile eingebüßt. Wenn man noch in Betracht zieht, daß die Senkung der Preise hauptsächlich den Arbeitern zugute kam und diese auf Kosten der reaktionären Kreise herbeigeführte Verringerung ihrer Lage auch zur Hebung der Stimmung beitragen mußte, so kann man feststellen, daß das ungarische Proletariat bei dem Boykott nicht schlecht gefahren ist. Die terrorfeindlichen Kräfte in Ungarn haben durch den Boykott an Einfluß und Zuversicht gewonnen und wenn eine Hilfe von außen nicht kommt, dann ist nur mit einer allmählichen Hinüberleitung der blutigen Konterrevolution in geistliche Bahnen zu rechnen und dann sind eben solche Teilerfolge auch von Wert. Diese Hilfe von außen hätte in einer von der Entente durchgeführten Entwaffnung des konterrevolutionären Militärs bestanden; die neueste Wendung der Ententepolitik, welche Ungarn als Lortrupp gegen die Sowjetmacht verwenden will, bedeutet aber keine Entwaffnung, sondern Aufrüstung des konterrevolutionären Ungarns. Die andere Art der Hilfe von außen sind die militärischen Kräfte der Sowjetrepublik. Wenn die nicht eingreifen können oder wollen, wird das Proletariat Ungarns noch lange das Joch der Konterrevolution tragen müssen, wenn auch eine allmähliche Ueberleitung in weniger blutige und vielleicht weniger grausame Methoden nicht ganz ausgeschlossen ist.

Das Proletariat hat zum ersten Male mit dem Boykott über Ungarn diese internationale Waffe angewendet. Es wäre weit verfehlt, aus dem Ausbleiben des vollen Erfolges den Schluss zu ziehen, daß diese Waffe unbrauchbar sei. Wie ein Streik, der an der ungenügenden Organisiertheit der Arbeiterschaft scheitert, nichts gegen die Waffe des Streiks aussagt, so ist die Lehre dieses ersten internationalen Boykotts vielmehr die, daß der Gebrauch dieser Waffe noch sehr vervollkommenet werden muß. Eine der Voraussetzungen ist die größere Stärke des internationalen Gefühls, eine strengere Zusammenfassung der den Wirtschaftskrieg führenden Kräfte und eine bessere Vorbereitung, wie diesmal möglich war. Aber die verhältnismäßig kurze Dauer, denn ein Boykott muß, um alle seine Wirkungen entfalten zu können, monatelang dauern, hat auch gezeigt, daß diese Waffe sogar in dieser unvollkommenen Art und gegen ein Land angewendet, welches in dem Weltverkehr noch sehr wenig verflochten ist, denn Ungarn kam eigentlich aus dem Zustand der Blockade seit 1915 gar nicht hinaus, eine fürchterliche Waffe ist. Eben weil er eine der schärfsten Waffen in der Hand des Weltproletariats sein kann, wenn sein Gebrauch ausgebaut und vorbereitet ist, muß und kann man freimütig über diesen ersten Versuch sprechen und die nötigen Lehren daraus zu ziehen, wie er künftig mit einem durchschlagenderen Erfolge angewendet werden soll.

Die deutsche Schuld am Misserfolg Herr Lindow und der Verbindungsmann

Wir gaben die Wiener Meldung der „Roten Fahne“ wieder, worin gesagt wurde, die geringe und schlappe Beteiligung der deutschen Gewerkschaften trage die Schuld daran, daß der Boykott gegen Ungarn nicht zu einem durchgreifenden Erfolge führte. Wir forderten Erklärungen vom A. D. G. B., damit dieser Vorwurf nicht auf der deutschen Arbeiterschaft ruhe bleibe. Jetzt meldet sich im „Vorwärts“ Karl Lindow vom Transportarbeiterverband zum Wort, um Dinge vorzutragen, die als eine Bestätigung der erhobenen Anklage wirken müßten, wenn für die Auslassung Lindows nicht der mildernde Umstand völliger Unzulänglichkeit gelten müßte. Herr Lindow ist vom Überbruch der Bewegung über rascht worden. Die Amsterdamer Internationale habe den Boykott schlecht organisiert. Nach der Veröffentlichung des Aufrufes habe man nichts mehr aus Ansehen vernommen. Dann habe man in Deutschland — gewartet. Das heißt doch, daß man nichts getan hat. Lindow deutet an, daß man nicht gewußt habe, was man tun solle, weil man von Amsterdam keine Parolen bekommen habe. Auch über die Wirkung des Boykotts habe man kein Wort gehört. Da man in Deutschland zu gut zentralistisch diszipliniert sei, konnte man der Streikleitung in Amsterdam nicht vorgehen. Also konnte man keine selbständige Entschlüsse fassen. Zu allem übrigen Unglück sei auch noch der „internationale Verbindungsmann“ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Genua gewesen. Und ohne ihn ging es nicht.

In solchen Plebejereien gefällt sich Herr Lindow. Der Mann scheint sich der Bedeutung der ganzen Angelegenheit nicht bewußt zu sein. Die Arbeiterschaft Europas wartet auf Antwort auf die erhobene Anklage und der Mann trägt einen Schwanz vor, der eine Verhöhnung des gesamten Proletariats darstellt. Die Geständnisse des Herrn Lindow bedeuten, daß man im Deutschen Transportarbeiter-Verband den Aufruf von Amsterdam und die Aufforderung des A. D. G. B. zur Beteiligung der Deutschen am Boykott gehört hat, um dann die ganze Geschichte auf sich beruhen zu lassen. Das ist das Unerhörte, was wir von Bureaucraten mit unbeweglichem Sitzfleisch bisher vernommen haben. Die Arbeiterschaft Europas übernimmt einen Kampf gegen die schlimmste Reaktion, die je dagewesen ist, und der Deutsche Transportarbeiter-Verband tut so, als ginge ihn die ganze Sache nichts an. Weil der Verbindungsmann nicht da war und weil Herr Lindow und die Seinen nichts ohne strenge Anweisung der Streikleitung tun wollten! Da soll doch...! Aber wir wollen nicht heftig werden. Wir wollen hoffen, daß wir Herrn Lindow nicht erst zu neigen brauchen. Nachdem er aber selber das Belastungsmaterial gegen seine Organisation, die bei dem Boykott mit im Vordergrund hätten stehen müssen, ungenügend vermehrt hat, fordern wir mit noch stärkerem Nachdruck eine sorgfältige Untersuchung des Falles durch den Gewerkschaftsband und eine befriedigende Aufklärung über die Angelegenheit.

Die Gewerkschaften in Sorthy-Ungarn

Die Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes veröffentlicht in der letzten Nummer ihrer „Wochenbeilage“ einen Auszug aus einem Bericht des zweiten Sekretärs der Ungarischen Gewerkschaftskommission, Genossen Kiraly. Genosse Kiraly gibt in dem ersten Teil seines Berichtes einen Überblick über die Entwicklung der ungarischen Gewerkschaften während des Krieges und der Revolutionsperiode. Ende 1917 betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter 100 000, sie veroppelte sich im Laufe des folgenden Jahres, erreichte während der Karolyi-Regierung eine halbe Million und schwoll drei Monate nach der Errichtung der Räteherrschaft, Ende Juli 1919, auf fünfviertel Millionen an. Nach dem Sturz der Räteherrschaft löste die konterrevolutionäre Regierung fast sämtliche Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände auf. Im Oktober 1919 erhielten eine Regierungsvorordnung, die sämtliche nach dem 31. Oktober 1918 gegründeten Vereine und Gewerkschaften verbot und ihre Vermögen beschlagnahmte. Diesem Sturme der Gegenrevolution konnten nur die alten kampferprobten Arbeitergewerkschaften standhalten.

Die weißgardistischen Offiziere machten es sich zur Aufgabe, diese Gewerkschaften ebenfalls zu zerstören. Terroristische Offiziere wurden christlich-soziale Agenten, die den Boden der freien Gewerkschaften unterminieren sollten. Nachdem der Versuch, eine dem Sorthyungarn genehme Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, mißlungen war, wurden mit den Mitteln der brutalen Gewalt die Gewerkschaften zerstört. Alle Funktionen der Gewerkschaften, Verbandsekretäre sowie bekannte Vertrauensleute wurden zu Hunderten totgeschlagen, geprügelt, eingesperrt oder interniert. Nach einer Statistik der ungarischen Gewerkschaftszentrale seien etwa 70 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre hinter Schloß und Riegel oder sind dem weißen Terror auf andere Weise zum Opfer gefallen. In der Provinz wurden fast alle Ortsgruppen und Zellen aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Bibliotheken verbrannt und die Lokale entweder demoliert oder zu irgendwelchen kirchlichen Zwecken verwanzt.

Da eine der ersten Handlungen der Konterrevolution, die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, das große Heer der Arbeitslosen dem Elend preisgab, mußten die Gewerkschaften durch außerordentliche Unterstellungen heftend eingreifen. Das hatte zur Folge, daß die Geldbestände aller Organisationen aufgebraucht wurden. Die Lage der Arbeiterschaft ist geradezu

zirklos geworden, wenn man bedenkt, daß in den einzelnen Industriestellen bis zu 50 Prozent Arbeitslose vorhanden sind.

Am Schluß seines Berichtes wendet sich Genosse Kiraly mit einem ergreifenden Hilferuf an das Proletariat der ganzen Welt und fordert für die schrecklich leidenden ungarischen Proletarier die geistige und materielle Hilfe der internationalen Arbeiterklasse.

Im Anschluß an seinen Bericht gibt Genosse Kiraly die Schilderungen eines Genossen wieder, dem es gelang, aus der ungarischen Folterkammer zu entkommen. Der Genosse zeigt an Hand von Einzelfällen, mit welcher furchtbaren Martern die Opfer der ungarischen Henker gepeinigt und zu Tode gequält werden. Viele dieser Opfer verfielen dem Wahnsinn. Mit allen möglichen Marterwerkzeugen, wie sie schrecklicher und grausamer im Zeitalter der Inquisition nicht angewandt wurden, arbeitete das „christliche“ Panditentum, um jede sozialistische Bewegung auszurotten. Das Ungarn, wie es heute ist, ist der Idealkaas der deutschen Reaktion geworden. Die Arbeiterklasse kann daraus ersehen, welches Los ihr blühen würde, wenn diese Gesellschaft bei uns aus Ruder fäme und als Alleinherrscher die Geschicke des Volkes bestimmen könnte.

Glückliche Putschisten

Im sächsischen Bogiland hat letzter Woche der frühere Reichswehrminister Berger, der jetzt im Dienste einer Spitzelzentrale steht, einen sogenannten kommunistischen Putsch inszenieren wollen. Er hatte sich einige gedankensichere Arbeiter gedungen, sie mit Waffen versehen und wollte sie gen Chemnitz führen. Flugblätter mit gefälschtem Inhalt, Aufrufe zur Proklamierung des „roten“ Terrors, Organisationspläne für die Bildung einer „roten“ Armee hatte er in großen Massen anfertigen lassen. Seine militärischen Auftragsgeber erließen aber einen bösen Reinstell. Sie gedachten schon im Stillen mit Kanonen und Maschinengewehren eine praktische Schließung auf wehrlose Arbeiterveranstaltungen zu können, sie wollten das Vaterland wieder einmal vor dem „Amsturz“ retten, den sie selber zu provozieren gedachten — Da wurde der Schwindel entdekt, Berger in Haft gesetzt und Herr Seedi kam nicht in die Lage, billige Vorbereitungen zu ernten.

Aber gemacht! Die schätzenswerte Kraft des Putschfabrikanten Berger durfte seinen schwarzweißen Auftragsgebern nicht verloren gehen. Wir haben in Deutschland eine sogenannte Justiz, die für Gerechtigkeit sorgt. Und so geschah es denn, daß das Gericht in Klingenthal, allwo der Leutnant Berger in Haft saß, kurzerhand seine Freilassung anordnete, ohne die sächsischen Regierung, die die Haft angeordnet hatte, zu befragen. Die Regierung, sichtlich betroffen, ob der Sabotage ihrer Richter, droht eine „strenge Untersuchung“ an. Dabei wird natürlich nichts herauskommen. Wohl aber wird Berger seine Tätigkeit von neuem aufnehmen. Er kann sich, sollte er wirklich verfolgt werden, eines falschen Namens bedienen, da ja die Reichswehr allen Spitzeln und Provokateuren, auch wenn sie, wie in Magdeburg, Zuhälter oder unter Polizeiaufsicht stehende Berufsverbrecher sind, die notwendigen Ausweise besorgt. Glückliche Putschisten!

Der Internationale Gewerkschaftskongress

Br. Haag, 11. August.

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsverbandes teilt in „Der Volk“ nähere Einzelheiten über den Kongress mit, der in der letzten Hälfte des November in Brüssel stattfinden soll. Mit Rücksicht auf die Wahlen in Amerika wird der Kongress nicht am 8., sondern am 23. November zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Verteilung der Rohstoffe für die Industrie. Die langsame Arbeit des Völkerbundes in bezug auf den Wiederaufbau Europas wäre besonders durch eine bessere Verteilung der Steinrohstoffe zu fördern. Außerdem ist eine bessere Regelung des Transportwesens zu Wasser und zu Lande notwendig. Daher wird der Kongress die Sozialisierung der Erzeugungsmittel und der Welttransportunternehmungen verlangen. Drittens wird der Kongress sich mit der Salustfrage beschäftigen, weil der niedrige Stand der Beschäftigung einer der Hauptfaktoren der Arbeitslosigkeit ist. In vierter Stelle wird die Verfolgung der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern behandelt werden. In Griechenland, Spanien und teilweise auch in Italien und sogar in Frankreich wird die Arbeiterbewegung von neuem unterdrückt, weil die bestehende Klasse es bedauert, den Arbeitern Inerzeit, während des Krieges Zustände gemacht zu haben. Der internationale Gewerkschaftskongress wird sich daher mit einigen internationalen Bureaus verständigen, um Mittel zur Bekämpfung der Reaktion ausfindig zu machen. Zur Förderung der Sozialisierung der Betriebe im allgemeinen wird der Kongress ein Programm aufstellen, das für die sofortige Durchführung in Betracht kommen kann.

Frankreich im Saargebiet

Frankfurt a. M., 11. August.

Der Frankfurter Zeitung zufolge hat sich im Saargebiet die Lage durch die drakonischen Maßnahmen der Regierungskommission noch verschärft. Nachdem auch die Bergleute den Streik beschlossen haben, erwartet man nunmehr den Beginn des Generalstreiks. Die Besatzungstruppen werden andauernd verstärkt. Die Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen werden fortgesetzt. Die „Saarbrücker Zeitung“, die „Saarbrücker Landeszeitung“, die „Volkstimme“, die „Vollstinger Nachrichten“ und andere Zeitungen wurden für vier Wochen verboten. Fast alle Redaktionen wurden verhaftet. Die Verhaftung hofft, daß der Völkerbund die jetzige Regierungskommission durch eine wirklich neutrale ersetzen werde, da die jetzige Kommission nur französische Annexionspolitik treibe.

Wien, Saarbriiden, 10. August.

Die französische Besatzungsbehörde hat den streikenden Beamten angedroht, Dienst zu tun. Alle Beamten, die sich weigern, sollen verhaftet und vor ein Kriegsgesicht gestellt werden. Viele sind flüchtig. Die Arbeiter der Post, Telegraphie und Eisenbahn haben sich mit den übrigen Beamten solidarisch erklärt und sind in den Streik eingetreten. Durch das französische Militär werden weitere Verhaftungen vorgenommen. Es sollen verschiedentlich Mißhandlungen der Verhafteten vorgekommen sein.

Kavallerie und Infanterie vor!

Mainz, 11. August.

Über den Streik im Saargebiet wird direkt aus Saarbrücken berichtet: Bisher ist die Stadt vollständig ruhig gewesen. Französische Besatzungstruppen durchziehen in großen Tausen und Panzerautos in großen Trupps mit Kavallerie, Infanterie und Maschinengewehren die Stadt. Die Eisenbahnen sind requiriert worden. Diejenigen, die nicht zum Dienst erschienen, wurden in ihrer Wohnung aufgesucht, es wurden sehr wenige vorgefunden. Immerhin ist es den französischen Behörden gelungen, einige Kohlenzüge zusammenzustellen; auch die internationalen Expresszüge fahren. Der Post-, Telegraphen- und Telefondienst ruht immer noch vollständig. Die Bergwerksbeamten, die Sonntag dem Streik beigetreten waren, kehrten Montag an ihre

Arbeitsstätten zurück. Im Laufe der Sonntags wurden verschiedenes Verhaftungen in Verbindung mit dem angeblichen Komplott vorgenommen. Im Saargebiet erscheint nur noch die sozialdemokratische Volksstimme.

Das von Hoch regierte Frankreich kopiert im Saargebiet sehr schlecht und mit starker Ueberreizung die deutschen Herrschaftsmethoden in Elsass-Lothringen. Wenn die Herren Frankreichs glauben sollten, das Saargebiet in der fünfjährigen Besatzungsperiode abstimungsfrei zu machen, so dürfte ihnen ein dortselbst die gleiche wohlverdiente Enttäuschung blühen, die das wilhelminische Sabeldeutschland in Lothringen immer wieder erlebt hat.

Dr. Wirth über die Finanzlage

St. Paris, 11. August.

„Journal“ bringt eine Unterredung mit Finanzminister Dr. Wirth, der sich ausführlich über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Haltung der deutschen Arbeiterschaft in bezug auf die bevorstehende Genfer Konferenz äußerte. Er sagte, die deutsche Regierung habe klare Beweise dafür gegeben, daß sie wünsche, den Friedensvertrag auszuführen und Zahlungen für die Wiedergutmachung im Bereiche der Möglichkeit zu leisten. Er wies gleichzeitig auf das bedeutende Defizit der deutschen Landwirtschaft und in der brachliegenden Industrie hin, die heute ihrer beiden Grundpfeiler der Kohle und des Eisens, beraubt sei. Der Versailles Vertrag verpflichte Deutschland finanziell zur Zahlung von 20 Milliarden Goldmark ab 1. Mai 1921. Die deutschen Vertreter würden in Genf nachweisen, daß diese Summe bereits durch den Wert der Gruben des Saargebiets, der ausgelieferten Schiffe, des Eisenbahnmaterials und der Kohlenlieferungen erreicht sei.

Auf die Frage, welches Angebot die deutschen Vertreter in Genf machen würden, erklärte Minister Dr. Wirth, wenn die Lage sich nicht bedeutend geändert haben werde, könne deutscherseits ein ehrliches Anerbieten vorgelegt werden. Die Durchführung des Friedensvertrages in der gegenwärtigen Form hätte zur Folge, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung 1000 Goldmark oder nach dem heutigen Stand der Wechselkurse 10 000 M. entfielen, so daß beispielsweise eine vierköpfige Familie in Deutschland bei einem sechsprozentigen Zinsfuß mit Einschluß der Steuer jährlich 4400 M. Zinsen zur Amortisierung zahlen müßte. Die Durchführung des Vertrages würden den Bankrott Deutschlands bedeuten, ebenso aber auch den Sturz Frankreichs herbeiführen. Deutschland wolle wiedergutmachen, aber um ihm dies zu ermöglichen, dürfe es nicht zum Ruin geführt werden.

Internationale Solidarität

Der „Populaire“, das linkssozialistische französische Parteiorgan, veröffentlicht in seiner Sonntagsnummer folgenden Aufruf der französischen sozialistischen Partei:

Die Ständige Verwaltungskommission der Partei hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Ereignissen beschäftigt, die sich in Ost-Europa abspielen und mit der Ausdehnung die eventuell der Krieg, den die polnische Regierung auf Befehl des britisch-französischen Imperialismus führt, annehmen kann.

Die Verwaltungskommission hat beschlossen, sich mit der Zentrale der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um mit ihr eine sofortige und kräftige Aktion gegen das Bündern unternehmen, das gegen die russische Revolution gerichtet ist und das aufs neue ganz Europa in Brand setzen kann, zu unternehmen.

Außerdem hat die Verwaltungskommission die Veröffentlichung eines Manifestes beschlossen, das unverzüglich in der „Humanite“ erscheinen wird. In der Voraussetzung, daß die beschlossene Aktion beginnt, werden die Sektionen und Federationen aufgefordert, schon jetzt jede Agitation zu organisieren, damit die öffentliche Meinung auf die verbrecherischen Pläne unserer Regierenden und die Folgen, die daraus entstehen können, hingewiesen wird.

Keinen Mann! Keinen Großen! Keine Augen für das reaktionäre und kapitalistische Polen! Es lebe die russische Revolution! Es lebe die Arbeiter-Internationale!

Die Aktion der englischen Arbeiter

London, 10. August. (Kont.)

Der Aktionsausschuß der Arbeiter, der von Lloyd Georges Rede nicht befriedigt ist, hat beschlossen, für Freitag eine nationale Konferenz der Gewerkschaften einzuberufen, um über die von der organisierten Arbeiterschaft zur Bekämpfung eines Gegenkrieges mit Sowjetrußland zu befolgende Politik, die nötigenfalls auch die Proklamierung des Generalstreiks umfassen wird, zu beraten.

Die Friedensbemühungen der Londoner Delegierten

Amsterdam, 11. August.

„Times“ meldet, daß zwei Mitglieder der russischen Handelsdelegation eilig nach Moskau abgereist seien, um im Namen von Kamenev und Krassin bei der russischen Regierung darauf zu dringen, daß die englischen Bedingungen in Sachen der polnischen Frage angenommen werden. Sie begeben sich an Bord eines Zerstörers zunächst nach Kopenhagen.

Frankreichs Friedenssabotage

Paris, 11. August. (Havak.)

Die französische Regierung hat den französischen Handelsattachés in London angewiesen, weder Beziehungen noch Besprechungen mit Kamenev und Krassin, den Vertretern der Sowjetregierung, zu haben.

Der Sündenbock

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Paris, 11. August.

Der Rat der nationalen Verteidigung in Warschau erklärt einen großen Aufruf an alle, in dem er alle Schuld an dem bisherigen Nichtzustandekommen des Waffenstillstandes der russischen Regierung beimißt und in langen Ausführungen die polnische Politik verteidigt. Der Aufruf beruht weiter von dem gewaltigen Zugriff der Freiwilligen zur Verteidigung des heimatischen Bodens.

Handelsbeziehungen mit Kanada

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Paris, 11. August.

Aus New York wird mitgeteilt, daß der Vertreter Sowjetrußlands, Wertens, einen Vertrag mit einem Vertreter einer kanadischen Firma über die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Eisenbahnmaterial abgeschlossen hat. Der Vertrag wurde von der kanadischen Regierung bestätigt.

Aus dem Spitzelkumpf der Republik

Die Lügenfabrik der Reaktion

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Magdeburg, 11. August.

Die Aufdeckungen über die hiesige Spitzelzentrale haben in allen Magdeburger Bevölkerungskreisen, und vor allem in der Presse, lebhafteste Erörterungen hervorgerufen. Unser Parteiorgan, die „Magdeburgerische Volkszeitung“, weist darauf hin, daß, wenn die Behörden die Aufhebung dieser Spitzelzentrale gewollt hätte, dies auch schon früher hätte geschehen können. Das aber sei ja gerade der traurige Ruhm der verflochtenen rechtssozialistischen Koalitionsregierung, daß sie dem Spitzelwesen den Boden für seine volkvergiftende Tätigkeit vorbereitete, indem sie wahllos alles Material zusammenzutragen ließ, um ihren glänzenden Feldzug gegen das sozialistische Proletariat zu führen. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die rechtssozialistischen Minister Heine, Hirsch, Roske es waren, die ihre in dem Parlament gehaltenen Brandreden gegen die USPD, auf Spitzelmärchen aufbauten. Auch in Magdeburg ist das Spitzelwesen nicht erst neueren Ursprungs, ganz abgesehen von den Zeiten vor der Novemberrevolution des Jahres 1918. Schon vor mehr als Jahresfrist waren unsere Genossen genötigt, auf das sonderbare Treiben des Detektivbureaus Gerbig u. Eismann, an der Stefansbrücke, aufmerksam zu machen, das 15 „Kocherheure“ suchte, die die Aufgabe hatten, politische Spitzeleien in den radikalsten Arbeiterpartien zu vollbringen. Weiter konnten unsere Genossen feststellen, daß der vor längerer Zeit in der „Volksstimme“ veröffentlichte Artikel „Neue Putsche“, ebenfalls Spitzelmache war.

Wie die Spitzeleien in Magdeburg vor sich gehen, darüber liegen folgende Tatsachen vor: Die Hauptzentrale ist begründet von der ehemaligen antibolschewistischen Liga. Bald nach der Revolution erhielt ein hiesiger Rechtsanwalt den Auftrag, eine sogenannte Nachrichtenstelle, d. h. Spitzelzentrale, einzurichten. Er gab den Auftrag an einen Polizeispitzel, der an der Stefansbrücke ein Detektivbureau betrieb und schon während des Krieges für das Generalkommando Spitzelarbeit geleistet hat. Der Leiter war Paul Eismann. Eismann machte sich aber bald selbständig. Er erhielt einen neuen Chef, der die Verbindung mit der Hauptzentrale in Berlin und den Zentralen in den wichtigsten anderen Städten unterhielt. Dem Herrn — es ist der Rechtsanwalt Schaper, dessen Wirken in der demokratischen Partei sehr merkwürdig ist — war der direkte Verkehr mit der Zeit zu lästig und unangenehm. Darauf übernahm Referendar Funk, ein Sohn des Studienrates Funk vom Domgymnasium, den Geschäftsführerposten. Später übernahm die Leitung der Lehrer Otto Jizewitz, der den Betrieb im Zusammenarbeiten mit dem demokratischen Rechtsanwalt Schaper bis heute noch weiter führt. Er ist der Redakteur des „Stahlhelm“, der selbst einige Zeit eine Spitzelzentrale eingerichtet hatte und heute aus der gleichen Geldquelle gespeist wird, welche die Spitzel Eismann u. Co. unterhält. Kassierer ist ein Kaufmann Weidemann. Jizewitz erhält seine Aufträge aus Berlin, und zwar aus dem berühmten Hause Dranienburger Straße 67, in welchem die Deutsche Wirtschaftshilfe und ihre Zweigunternehmungen, wo der Deutsche Auslandsdienst, die Berliner Zentrale der Degeß usw., untergebracht sind. Mit der Orgel besteht ein besonders enges Zusammenarbeiten. Die hervorragendsten Mitarbeiter Eismanns sind:

1. Geheimer Arno Friedrich, Schönebeck, Rundschalter im Nachrichtenbüro der Reichswehrbrigade in Magdeburg. Friedrich ist Spezialist in Sachen der roten Armee und Verfasser einer großen Anzahl erfundener Berichte. Er ist auch der Verfasser des großen Aufmarschplanes der roten Armee, der von der reaktionären Presse in schreihenden Letzern der Offenlichkeit übergeben wurde und unbedingt echt sein sollte.
2. Merians, Rundschalter der Reichswehrbrigade, ein getreuer Kumpan Friedrichs und Bursche bei Leutnant Fuhrmann. Merians und Friedrich sind seit einigen Tagen unsichtbar. Ihrem Vorgesetzten, dem Hauptmann Nagel, sind sie angeblich gänzlich unbekannt, während der Feldwebel sie sehr gut kennt, denn sie kommen pünktlich zum Wohnungsempfang.
3. Löwenthal, Leutnant der Reserve, ein überaus eifriges Mitglied des „Stahlhelm“. Er gehörte früher zur Militärpolizei und hat hauptsächlich die Kommunisten bespioniert.
4. Feiling, Mitglied der USPD, Spezialist für Nachrichten über Syndikalistin, die er teilweise aus dem „Syndikalist“ abschreibt, sonst aber frei erfindet.
5. Robert Meyer, arbeitet auf allen Gebieten, besonders der Betriebsspitzelei. Referent für Versammlungsberichte. Auch ein Mitglied der USPD, und der USPD wurde als Spitzel entlarvt.

Die Spitzel übergeben Eismann ihre Berichte. Er zahlte für die kleinen 20 bis 30 M. für größere mehr. Geld stand ihm in jeder gewünschten Höhe zur Verfügung. Aus den beschlagnahmten

Papieren ging hervor, daß Eismann in kurzer Zeit für Spitzelzwecke 175 000 M. ausgegeben hat. Eismann hat gestanden, daß er nicht nur Organisationspläne der roten Armee für Sachsen und Mitteldeutschland erfinden ließ, sondern auch einen großen Kampfsplan für Chemnitz anfertigte und ihn als Originaldokument der reaktionären Presse übergab. Zwischen den beschlagnahmten Papieren des Eismann sind auch die Urchristen des von der „Magdeburgerischen Zeitung“ veröffentlichten Geheimabkommens von Remel gefunden worden. Die Berichte gingen an die Zentrale in Berlin, an die Nachrichtenstelle der Reichswehrbrigade im Domgymnasium, an die Nachrichtenstelle der Magdeburger Sicherheitspolizei, ferner an verschiedene Offiziere und an eine Anzahl Personen und Firmen, welche Geldmittel für den Spitzeldienst zur Verfügung stellten.

Der Spitzel Eismann ist ein wegen Betrugs, Unterschlagung, Erregung öffentlichen Vergernisses, Zuhälterei und Verleumdung verurteilter Mann. Er hatte ebenso wie Jizewitz Ausweise von der Magdeburger Reichswehrbrigade, stand mit deren Offizieren in enger Fühlung und konnte zu jeder Tag- und Nachtzeit die militärischen Gebäude betreten. Generalmajor Ribbenitz hat den Verbrecher erst im Juni neue Ausweistarten ausstellen lassen und eigenhändig unterschrieben.

Das in Magdeburg ausgehobene Nest ist nur eine Zweigstelle der „Deutschen Wirtschaftshilfe“ in Berlin, Dranienburger Straße 67. Alle Ablehnungsvorwürfe, die von dieser Seite unternommen werden, sind wertlos, denn es steht fest, daß die Wirtschaftshilfe, an deren Spitze die früheren Nachrichtenoffiziere Jählich, Major Berndt, Major Hoffmann u. a. stehen, alle Nachrichten sammelt, die ihr vor den Zweigstellen im Reich auszugehen. Die Wirtschaftshilfe hat es auch verstanden, rechtssozialistische Parteimitglieder in ihre Dienste zu stellen. Der Parteisekretär Willy Kestler aus Neuhaldensleben hat beträchtliche Geldmittel von ihr empfangen und ihr dafür Lügenberichte über die U. S. P. D. und R. P. D. übermittelt. Winkerton und Wirtschaftshilfe arbeiten Hand in Hand. Sie stehen im Dienste der Rechtsparteien. Ihre Aufgabe ist es, durch Lügenberichte über die Arbeiterkassen die Putschpläne der Monarchisten zu verschleiern.

Die bestochene Presse

Die reaktionäre Presse ist von der Lügenfabrik der Deutschen Wirtschaftshilfe genau unterrichtet. Sie hat trotzdem alle Berichte gebracht, weil sie — wir wollen es offen sagen — sich von den Winkertons politisch bestechen ließ. Ein solcher Bestechungsvertrag sollte auch bei der „Bolschischen Zeitung“ unternommen werden. Das geht aus folgendem Brief hervor, den Jizewitz von Magdeburg aus nach Berlin schickte:

Magdeburg, den 8. 8. 20.

Herrn E. Becker,

Berlin W. 35.

Nach unserer Ansicht hätte es der Berliner Zentrale der Nachrichtenstelle möglich sein müssen, den Leitartikel der „Bolschischen Zeitung“ vom Freitag, den 8. August 20, Morgenausgabe, „Landeshauptmann Echerich“, zu verhindern. Gerade ein solcher in der Form sachlich gehaltener Artikel schadet uns mehr als Beharkeit der sozialistischen Presse.

Wenn es auch vielleicht nicht möglich ist, auf das „Berliner Tageblatt“ Einfluß zu gewinnen, so wäre es doch ein leichtes gewesen, durch ein demokratisches Vereinsmitglied Georg Bernhard bis zu einem gewissen Grade einzuwirken.

Da die Presse der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei ohnehin einwirkbar wäre, wäre es die bessere Ausgabe Berlin gewesen, dafür zu sorgen, daß die Zentrums- und die gemäßigte demokratische Presse nicht gegen uns leitarbeitet.

Hochachtungsvoll

Jizewitz.

Die Blätter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen sind denn auch recht still geworden. Sie haben die betrügerischen Nachrichten der Winkertongänger in großen Letzern ihren Lesern vorgelesen. Die Wahrheit verschweigen sie jetzt, weil es Winkerton — lies: Stinnes — so wünscht. Und weil die rechtsstehende Presse käuflich ist, deshalb vermuten die Gauner, daß ihnen dasselbe Mandat auch bei der demokratischen Presse glücken werde. Sie haben sich, wie die „Bolschische Zeitung“ nachweist, verrechnet. Die rechtsstehenden Blätter aber stellen sich durch ihr Verhalten auf die gleiche Stufe mit Jizewitz aus Magdeburg: sie sind wie dieser die Zuhälter des Herrn Stinnes und seiner Trabanten.

stande, daß alle Streikfrage voll gezahlt werden, wenn auch nur eine ganz kleine Arbeitergruppe in einem tausendköpfigen Betriebe streikt. Das ist keine objektive Beweisführung! Wir haben nicht genug Waren, um dem Auslande die eingeführten Lebensmittel zu bezahlen. Wie soll uns da der freie Handel ein genügendes Angebot der zum Leben notwendigen Waren schaffen? Wir müssen unseren Export sogar einschränken, weil wir die Waren, die wir erzeugen, zur Wiedergutmachung an die Entente brauchen. Wir haben es durch das Exportverbot für die Schuhindustrie dahin gebracht, daß wieder Schuhe produziert und verkauft werden können. Ich habe den Arbeitern immer auseinandergesetzt, daß eine Lohnsteigerung ihnen nichts nützt, sondern nur eine Mehrproduktion, weil dann etwas mehr zur Verteilung da ist. Was jetzt vielfach im westlichen Deutschland vorgeht, daß man den Unternehmer unter Drohungen zwingt die vom Gesetz auferlegten Steuerabläufe nicht vorzunehmen, ist geradezu ein Skandal, der unter keinen Umständen gebilligt werden kann. Der Unterausschuß konnte nach den Sachverständigen-Gutachten zu gar keinem anderen Ergebnis kommen. (Lebhafte Beifall.)

Abgeordneter Kommerzienrat Wallerstein: Die Zeit für einen Lohnabbau ist noch nicht gekommen; zum Ausgleich für den Steuerabbau kommen sogar neue Lohnforderungen. Gegen den Vorschlag des Unterausschusses, daß ein Sachverständigen-Ausschuß prüfen soll, ob eine Betriebsstillegung nicht zu vermeiden sei, läßt sich nichts einwenden.

Abgeordneter Kaufmann-Hamburg (Vertreter der Verbraucher-Schaft) bezeichnet es als eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft, daß die Rentenpresse eingestellt wird, wenn man es nicht zum Staatsbankrott treiben will. Die Löhne könnten so gar noch erhöht werden, ohne uns wettbewerbsunfähig dem Ausland gegenüber zu machen, weil

im Ausland die Löhne höher als bei uns seien. Vor allem müsse die Zwangsverwaltung abgebaut werden. Die Zwangswirtschaft habe mit Sozialismus nichts zu tun. Der Bau von Wohnungen müsse von den Gemeinden vorbereitet werden.

Staatssekretär Dr. Hirsch bestreitet, daß die Aktion für die Birmalenser Schuhindustrie gescheitert sei, die Dinge nähmen jetzt ihren richtigen Verlauf.

Geheimrat Weigert (Vertreter des Reichsarbeitsministeriums): Das Ministerium würde sich freuen, die Vorschläge bei dem Wirtschaftsprogramm beachten zu können. Die Reichsregierung habe beschlossen, das Zweieinhalbfache der ersparten Erwerbslosenunterstützung für Notstandsarbeiten zu verwenden. Die

Kurzarbeiter sollen von jetzt ab noch härter unterstützt werden als bisher. Die Erwerbslosenunterstützung werde, von Ausnahmen abgesehen, über 26 Wochen hinaus ausgedehnt.

Abgeordneter Dr. Koesike (Vertreter der Landwirtschaft) vermischt in dem Bericht des Unterausschusses zwei Ursachen der Preissteigerungen, die mangelnde Ernährung und den Kohlenmangel. Die Löhne spielten eine umso größere Rolle für die Warenpreise als die Arbeitszeit verkürzt sei. Dies sei ein Fehler gewesen, man hätte damit höchstens vorgehen können, nachdem Wohnungen für neue Arbeiter hergestellt worden wären.

Abgeordneter Tornow (Arbeitervertreter der Industrie) führt aus, daß es nicht nur Meinung des Unterausschusses, sondern ein Ergebnis der Sachverständigen-Feststellungen sei, daß nicht die Löhne, sondern die Rohstoffpreise die hohen Warenpreise verursacht hätten.

In keinem Lande habe die Profitsucht solche Organe gefeiert wie in Deutschland.

Vom Standpunkt der Arbeitnehmer boten die Vorschläge des Unterausschusses herzlich wenig.

Abgeordneter Dr. Zeilin (Schuhverhand deutscher Schriftsteller) erhebt aus dem Ausschussbericht leider wenig Möglichkeiten für praktische Arbeit.

Abgeordneter Redakteur Keller weist darauf hin, daß „produktive Erwerbslosenfürsorge“ nur ein neues Wort für Notstandsarbeiten sei, daß aber Notstandsarbeiten, wie Kanalbauten, mit unserer Finanzlage nicht vereinbar seien. Das beste Mittel sei die Umstellung der Produktion auf den dringend notwendigen Bedarf, damit nichts Ueberflüssiges produziert werde. Wenn die Industrie nicht selbst dazu kommen könne, solle sie mit dem Mittel der Kohlenzuteilung dazu veranlaßt werden. (Abg. Bissell: Also Planwirtschaft! — Heiterkeit.)

Abgeordneter Prof. Dr. Endres-München wendet sich gegen die im Ausschussbericht empfohlene Sozialisierung der Holzwirtschaft.

Abgeordneter Schumacher (Arbeitervertreter des Handwerks) spricht sich im Sinne der Vorschläge des Unterausschusses aus.

Abgeordneter Bankdirektor Dr. Schmach wünscht, daß nicht die allgemeinen wirtschaftsprogrammativen Beschlüsse des Unterausschusses, sondern nur die praktischen Vorschläge für die einzelnen Industrien zum Beschluß erhoben würden.

Damit schließt die erste Sitzung. Die zweite Sitzung findet am Freitag um 1 Uhr statt.

Ein erster Schritt

Sozialisierung des Bergbaues in der Tschechoslowakei

Endlich hat sich die tschechoslowakische Regierung zu einem Schritt entschlossen, der schon längst notwendig gewesen wäre. Durch eine Regierungsverordnung vom 15. Juli wird den Bergwerksbesitzern das freie Verfügungsrecht über die Gruben genommen und die Oberhoheit über den gesamten Grubenbesitz der tschechoslowakischen Republik übertragen. Jede Besitzänderung, Betriebseinstellung oder reale Belastung der Betriebe ist an die vorherige Genehmigung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten gebunden. Diese Verordnung entspricht jener vom 9. November 1918 über die Sicherung des Großgrundbesitzes. Man hat sich also reichlich Zeit gelassen, um den Bergwerksherren ja nicht allzu nahe zu treten, nun ist aber doch endlich der Schritt gewagt worden, der als erste Maßnahme zur Enteignung, resp. Sozialisierung der Gruben anzusehen ist. Da die große Gefahr besteht, daß die Grubenbesitzer durch fingierte Verträge, die auf die Zeit vor dem 15. Juli vordatieren sind, noch schnell reiten, was zu retten ist, ist vorgeesehen, daß alle derartigen Verträge vor ihrer Eintragung ins Bergbuch ebenfalls durch das Arbeitsministerium genehmigt werden müssen. Jede Uebersetzung des Förderungsrechtes muß durch das Ministerium mit dem Arbeitsministerium gemeldet und erst nach dessen Genehmigung vollzogen werden. Das Gesetz gilt in gleichem Umfange auch für Karpathenrußland und die Slowakei. Man darf füglich behaupten, daß es höchst e Zeit ist, wenn man endlich auf dem Gebiete der Sozialisierung etwas energischer arbeitet als bisher, denn verschiedene Ereignisse der letzten Zeit zeigen deutlich, daß die Unzufriedenheit des Volkes über die Hinauszögerung der Enteignung des Grundbesitzes und der Realisierung der Bodenreform, sowie die völlige Untätigkeit auf dem Gebiete der Sozialisierung der Bergwerke und großen Industriebetriebe immer mehr anwächst und sich bereits da und dort in drohenden Kundgebungen äußert. Statt mit Militär und Sajanetten wird die Regierung schon mit anderen Mitteln die Bevölkerung beruhigen müssen!

Die steigenden Lebensmittelkosten

Neben den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Kosten des Existenzminimums wissen auch die Statistiken K. Calwer über die Lebensmittelpreise ein dauerndes und scharfes Ansteigen der Kosten des Nahrungsbedarfes nach Calwer berechnet die Kosten des wöchentlichen Nahrungsbedarfes einer vierköpfigen Familie, indem er als den Verbrauch die dreifache Friedensration eines deutschen Marineoldaten zugrunde legt. Für den Monat Mai 1920 ergibt sich danach aus dem Mittel aller berücksichtigten deutschen Städte die Summe von 224,83 Mark. Gegenüber den Kosten im Januar dieses Jahres sind dies 94 Mark mehr, gegenüber Februar 77 Mark, März 67 Mark und April 85 Mark. Im Vergleich zum Monat Mai 1919 beträgt die Steigerung sogar 160,98 Mark.

Insgesamt entwickelten sich nach den Calwerschen Indizes die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch einer vierköpfigen Familie wie folgt. Es kostete pro Woche Mark:

Jahresdurchschnitt	1906	1901
1905	22,02	
1912	25,28	
1914	24,70	
1915	26,49	
1916	27,80	
1919	78,70	
1920	224,83	

Im einzelnen sind die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch auf der Grundlage der Calwerschen Berechnungsmethode in den verschiedenen Gegenden Deutschlands sehr differenziert. Sie betragen pro Woche im

	Durchschnitt der Jahre	Monat Mai	1920
1896	1912	1919	1920
20,76	27,83	74,58	837,65
18,86	24,78	83,19	306,12
18,03	24,70	70,17	263,28
19,83	24,40	71,10	258,7
20,13	24,73	85,53	217,68
17,43	24,70	77,43	216,72
20,97	25,20	68,54	200,01
19,74	25,66	68,15	162,18

Holzlieferungen gemäß Friedensvertrag. In Paris haben Verhandlungen über die Holzlieferungen auf Grund des Friedensvertrages begonnen. Ein deutsches Angebot über die Lieferung von 1 440 000 Festmeter Rundholz jährlich für einen Zeitraum von vier Jahren wurde von der Gegenseite als unzureichend abgelehnt, desgleichen eine zweite Offerte, welche unter Festhaltung an der Gesamtmenge von viermal 1 440 000 Festmeter Rundholz dahingegen, die auf die ersten sechs Monate entfallenden Raten auf 240 000 Festmeter pro Monat zu erhöhen. Eine Einigung konnte vorläufig nicht erzielt werden.

Keine Unterbrechung des Bahnverkehrs mit Ostpreußen. Bis uns die hiesige Eisenbahndirektion mitteilt, sind die Verhandlungen über eine Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs mit Ostpreußen völlig unrichtig. Bisher hat keinerlei Zugausfall stattgefunden.

Produktive Erwerbslosenfürsorge

Beratungen im Reichswirtschaftsrat

Der Sozial- und der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates verwies am Mittwoch das neue eingegangene Mietsteuergesetz an den gemeinsamen Unterausschuß, nachdem ein Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Lutter auf Uebersetzung an einen besonderen Ausschuß abgelehnt war.

Gobann trat der Ausschuß in die Beratung des Berichtes des Unterausschusses über den Erwerbslosen-Antrag des Reichswirtschaftsministers a. D. R. Wiffell ein, die in zwei Lesungen stattfinden soll.

Abgeordneter Reinath: Die Industrie erzielt bei vermehrtem Personal eine verminderte Leistung. Die übermäßigen Fabrikations- und Handelsgewinne kann man durch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht beseitigen, denn es sind dieselben Mittel, die schon bisher nicht geholt haben, als die Staatsgewalt noch stark war. Die hohen Preise sind ferner auch auf vorzeitige Realkulation, infolge der unsicheren Verhältnisse zurückzuführen. Die Preissteigerung ist zu einem erheblichen Teile durch den Anstieg der Preise von Streifen veranlaßt. Der Mietenapparat der Zwangswirtschaft ist eine ungeheure Belastung. Wir können die Spannung zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den Warenpreisen nur durch eine Herabdrückung der Löhne und Gehälter beseitigen. Wir müssen unseren Inlandsverbrauch bedeutend einschränken. Bei der Birmalenser Schuhindustrie wollte man durch Verlegung der Ausfuhr einen Druck auf die Inlandspreise ausüben, die Folge war die Abschließung und Betriebsstillegungen. Der Bedner will den Vorschlägen nur zustimmen, wenn sie umgearbeitet werden.

Dem entgegenetzte der Abgeordnete Wiffell: Herr Reinath habe sich kaum an der Beratung des Unterausschusses beteiligt, obwohl er stellvertretendes Mitglied war, sonst hätte er gewünscht, daß die Vorschläge nicht nur den Anschauungen der Arbeitervertreter entsprechen. (Hört! hört!) Das haben auch die berufenen Vertreter des Wirtschaftslebens in Eingaben bestätigt. So schied uns die Handelskammer Brandenburg, daß die ungeheuren Preise für Rohstoffe und Hilfsfabrikate die weitere Produktion ganz unrentabel machte. (Hört! hört!) Die Rohstoffe machen danach jetzt neun Zehntel der gesamten Gestehungskosten aus. Die 162 Streikfrage des Herrn Reinath kommen nur dadurch zu

Der Gildensozialismus

Von Otto Bauer

In Verlage der Wiener Volksbuchhandlung hat Otto Bauer unter dem Titel „Gildensozialismus“ eine eingehende Würdigung des Gildensozialismus als tatsächliche Weltanschauung als Form der politischen Herrschaft des Proletariats erhellend dargestellt. Bauers Buch erscheint uns als außerordentlich wertvoller Beitrag zur Beurteilung des Gildensozialismus. Um diese Leser mit der Denkart und Darlegung des Verfassers bekannt zu machen, drucken wir den nachfolgenden Abschnitt über den englischen Gildensozialismus aus dem Tuche des Genossen Bauer ab.

In England der eine Pol der zivilisierten Menschheit, so ist England der andere. In England ist eben erst die feudale Arbeitsverfassung zerfallen, die bürgerliche Eigentumsordnung auf dem Lande hergestellt worden; in England ist die Fronarbeit schon im 14. Jahrhundert durch Geldabgaben ersetzt worden, aber auch die noch halb-feudale copy-hold schon im 15. und 16. Jahrhundert durch die rein bürgerliche lease-hold verdrängt worden, schon im 17. Jahrhundert waren die letzten Reste und Ueberbleibsel der feudalen Arbeitsverfassung verschwunden. In England ist eben erst der Absolutismus durch zwei gewaltige Revolutionen überwunden worden; England hat nur unter den Tudors, im 16. Jahrhundert, eine kurze Entwicklungsphase des Absolutismus durchlaufen, seit der Revolution des 17. Jahrhunderts hat es die parlamentarische Regierungsform stetig weiter entwickelt und ausgebaut, im 19. Jahrhundert hat sich sein alter oligarchischer Parlamentarismus ohne gewalttätige Revolution, durch eine Reihe friedlicher Reformen in einen demokratischen verwandelt. In England ist der Kapitalismus eine neue, vom Ausland importierte Erscheinung gewesen; der englische Kapitalismus hat sich seit dem 14. Jahrhundert, seit der Entwicklung des kapitalistischen Schafwollhandels und der kapitalistischen Schafzucht festig, organisch entwickelt. England ist heute noch ein Agrarland, in dem die Bauern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden; England ist ein Industriestaat, in dem das industrielle Proletariat die Masse der Bevölkerung darstellt, und auch seine Landwirtschaft wird nicht von Bauern, sondern von Kapitalisten und Lohnarbeitern betrieben. England zeigt uns das Bild einer proletarischen Revolution in einem Agrarland, das sich erst jetzt von der feudalen Agrarverfassung und von der absolutistischen Staatsverfassung befreit und in dem ein junges, vom Ausland importiertes Kapital und ein junges, eben erst aus der Bauernschaft herausgelöstes Proletariat inmitten einer tiefen bäuerlichen Umwelt ihren Kampf führen; England zeigt uns das Bild einer proletarischen Bewegung auf dem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung, auf der Basis der bürgerlichen Eigentumsordnung und der bürgerlichen Demokratie, im Kampfe gegen ein Kapital, das seit Jahrhunderten schon alle Zweige des gesellschaftlichen Lebens seinen Daseinsbedingungen angepaßt hat.

In England stand der Kapitalismus im Gegensatz gegen die Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich von Anfang an unter dem Einfluß des revolutionären Sozialismus, aber auch die Intelligenz, das Kleinbürgertum und die Bauernschaft standen dem Kapital feindlich gegenüber. In England dagegen hat der Kapitalismus nicht nur alle bestehenden Klassen für sich gewonnen; er hat ein halbes Jahrhundert lang selbst das Proletariat geistig beherrscht, selbst die Arbeitermassen sich verzöhnt. Wohl hat auch das englische Proletariat seine revolutionäre Epoche erlebt; es erlebte sie in der Zeit, in der das Fabrikssystem in England so jung war, wie es heute in Rußland ist, in der Zeit des Chartismus. Aber seit dem Zusammenbruch des Chartismus — von 1848 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts — beherrschte das Kapital nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Seelen der Arbeiter. Die Arbeiterbewegung erschöpfte sich im Ausbau eng beruflich abgegrenzter, durch keine gemeinsame Klassenideologie verbundener Gewerkschaften, im friedlichen Ausbau kollektiver Arbeitsverträge, in der Entwicklung von Hilfskassen und Genossenschaften. Die einzelnen Arbeiterschichten wahrten ihre Sonderinteressen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft; aber die Arbeiterklasse fürmte nicht gegen die kapitalistische Gesellschaft an.

Erst seit dem Burenkrieg erwachte die englische Arbeiterschaft aus der kapitalistischen Hypnose. Seitdem die Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt stiegen, während die straffere Organisation der Unternehmerschaft und der verstärkte Wettbewerb der deutschen und der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt die Durchsetzung von Lohnherabsetzungen erschwerten, sank der Reallohn der englischen Arbeiter. Die wachsende Unzufriedenheit weckte das schlummernde Klassenbewußtsein. Die Unzufriedenheit mit den Erfolgen der Gewerkschaften drängte zur Politik. Die Gründung des Labour Representation Committee (1900), seine Umbildung zu einer selbständigen Partei (1903), der erste große Wahlsieg der Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen von 1906 waren die ersten Anzeichen der Wendung. Sie wurde mit den überwachendsten Hoffnungen begrüßt. „Der wachsende Einfluß der Arbeiterpartei löst den bestehenden Klassen einen Schrecken ein, an dem gemessen der Schrecken des Streiks ausgeht, eine Macht im industriellen Leben zu sein.“ (Frank Kofe, The coming force. Manchester 1909. Seite 116.)

Die Enttäuschung mußte kommen. In dem Parlament, das der Kampf zwischen Schützjägern und Freihändlern beherrschte, konnte die Labour Party nicht mehr sein als ein Anhängsel der großen liberalen Partei. Ihre sozialpolitischen Erfolge konnten, so bedeutend sie an sich auch waren, in einer Periode schnell fortschreitender Teuerung, schnell sinkender Reallohne die Massen nicht befriedigen. Für englischer Reformismus konnte keine Begeisterung wecken. Gerade in dem Augenblick, in dem die herrschenden Klassen einander beglückwünschten, die parlamentarische Arbeiterpartei glückselig abhorriert zu haben, bricht mit dramatischer Wirtung und explosiver Kraft die Unruhe der Arbeit im ganzen Lande aus.“ (Genderson, The labour unrest. London o. J. Seite 131.)

Die Kampflust der Massen ist erwacht. Eine Welle von Streiks erglitz über das Land. Die Streiks konzentrieren und steigern sich zu Riesenkämpfen, wie denen der Eisenbahner, Hafenarbeiter, Bergarbeiter in den Jahren 1911 und 1912. Die Initiative der Bewegung geht von den Führern auf die Massen über; die Massen lehnen sich gegen die Gewerkschaftsleitungen auf, sie lassen Streikbeschlüsse gegen die Gewerkschaftsregeln. Zugleich zeigt sich in den Massen verstärkte intellektuelle Regsamkeit. Hat die Gründung und Entwicklung der Labour Party die englische Arbeiterbewegung zum ersten Male unter die Führung von Sozialisten gestellt, so macht die Enttäuschung über die Labour Party die Massen für die Lehren des französischen Syndikalismus und des amerikanischen Industrial Unionism empfänglich. Sozialismus und Syndikalismus ringen um die Seelen der Arbeiter. In dem Drängen nach der Umbildung der Gewerkschaften, nach der Demokratisierung ihrer Verfassung und nach der Radikalisierung ihrer Kampfmethoden,

Werbt für die „Freiheit“!

nach der Überwindung des „Sektionalismus“ durch die Verbindung der Berufsvereine zu Industrieverbänden und durch die Aufnahme der ungelerten Arbeiter in diese Verbände, in der Verdrängung der älteren Generation der Gewerkschaftsführer durch den jungen, unter starkem Einfluß des deutschen Sozialismus und des französischen Syndikalismus erzeugten Nachwuchs — in alldem offenbart sich die Gärung in den Arbeitermassen. (Macdonald, The social unrest. London 1913. — Cole, The world of labour. London 1913.)

Die Enttäuschung über die Labour Party hat die Massen auf die gewerkschaftliche Aktion zurückgeworfen. Aber die revolutionäre Massenstimmung füllt die gewerkschaftliche Aktion mit neuem Geist. Die Massen leben im Streik nun nicht mehr bloß den Kampf um die Verbesserung dieses oder jenes Paragraphen in einem kollektiven Arbeitsvertrag, sondern eine Schlacht im Kriege gegen die Kapitalherrschaft selbst. „Das bemerkenswerteste ist“, sagt Hodges, der Sekretär der Bergarbeiterföderation, „daß die Menschen, die in der Industrie beschäftigt sind, sich dessen bewußt geworden sind, daß sie und vor ihnen ihre Väter während ihres ganzen Lebens gar keinen Einfluß auf die Leitung der Industrie gehabt haben.“ (Hodges, Workers' control in the coal mining industry. London 1913. Seite 2.) Als letztes Ziel der gewerkschaftlichen Aktion erscheint den Massen nicht mehr die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern die „Kontrolle“ der Industrie selbst durch die Gewerkschaften.

In diese Entwicklungsphase fiel der Krieg. Die britische Regierung war gezwungen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und die ganze Industrie dem Kriege dienbar zu machen. Die gelernen Arbeiter mußten Frauen und Ungelernte zu Arbeitsstellen zulassen. Die bisher ihnen vorbehaltenen gewesen waren, und sie mußten auf viele Gewerkschaftsregeln, die die Steigerung der Arbeitsergebnisse hinderten, verzichten. Die Arbeiterkraft in den Kriegsbetrieben mußte ihre Freizügigkeit und ihr Streikrecht preisgeben. Die britische Regierung konnte es nicht wagen, all das den Arbeitern auszuwingen. Sie mußte vor jedem Schritt der Kriegesgesetzgebung mit den Gewerkschaften verhandeln, mit ihnen Kompromisse schließen; das Parlament konnte nur befehlen, was mit den Gewerkschaften vereinbart worden war. Diese Praxis, während des ganzen Krieges täglich geübt, hat das Selbstbewußtsein der Arbeiter gewaltig gestärkt. Andererseits hat der Krieg das Gefüge des englischen Kapitalismus völlig verändert. Der Staat hat die Kontrolle über die Kriegsindustrie, über die Eisenbahnen und den Bergbau übernommen, er hat den Geld- und Warenhandel reglementiert und den Vertrieb von Lebensmitteln und Rohstoffen organisiert; an die Stelle des individualistischen Kapitalismus ist der Staatskapitalismus getreten. Die Tatsache, daß der Staat die Volkswirtschaft beherrscht, weckt in den Arbeitermassen das Bedürfnis, den Staat zu beherrschen; sie führt also die Massen zum Sozialismus. Aber die Erfahrungen der Kriegeswirtschaft zeigen zugleich, wie wenig befähigt die staatliche Bürokratie ist, die Volkswirtschaft zu organisieren, und sie erfüllen die Massen mit Haß gegen den allmächtigen,

alle Lebensäußerungen des einzelnen reglementierenden, alle persönliche Freiheit beengenden Staat; so stärken sie die syndikalistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung.

Die „Unruhe der Arbeit“ brach selbst während des Krieges immer wieder hervor. Sobald der Krieg vorüber ist, wird sie mit verstärkter Kraft wirksam. Doch trägt die Bewegung jetzt etwas anderen Charakter als vormals. Die politische Aktion der Labour Party und die von revolutionärer Kampflust erfüllte gewerkschaftliche Aktion erscheinen dem Massenfühlen nun keineswegs mehr als Gegensätze. Das Wachstum der Labour Party, die unmittelbare politische Nachwirkung der Gewerkschaften, die direkte Aktion der Streiks — all das sind nun bloß verschiedene Seiten derselben Entwicklung. Und die Vereinigung der politischen und der gewerkschaftlichen Aktion findet ihren Ausdruck auch in der Ideologie der Bewegung, die den reformistischen Staatssozialismus der Labour Party mit dem Syndikalismus der revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu höherer Einheit verschmilzt. Die Synthese beider ist der englische „Gildensozialismus“. Aus Idealen des älteren kleinbürgerlichen Sozialismus entstanden, hat der Gildensozialismus im letzten Jahrzehnt eine Entwicklung durchgemacht, die ihn befähigt hat, allmählich zur stärksten geistigen Macht innerhalb der englischen Arbeiterbewegung zu werden.

Der englische Gildensozialismus zeichnet uns als sein Ideal eine sozialistische Gesellschaft. Die Arbeitsmittel sollen Eigentum des Staates werden. Aber der Staat soll sie nicht durch seine Bürokratie verwalten, sondern ihre Verwaltung den Arbeitenden selbst übertragen. Jede Gewerkschaft verwandelt sich in eine „nationale Gilde“, das heißt in eine das ganze Staatsgebiet umfassende Produktgenossenschaft, und diese übernimmt die Verwaltung ihres Industriezweiges. In der inneren Verwaltung ihres Industriezweiges bleibt die nationale Gilde vom Einfluß des Staates frei. Wo aber die einzelne Industrie der Gesellschaft gegenübertritt, dort treten der Staat, lokale Selbstverwaltungskörper oder Konsumgenossenschaften als Sachwalter der Verbraucher gegenüber; ein gemeinsames Komitee aus der Gilde und der zur Vertretung der allgemeinen, der Verbraucherinteressen berufenen Körperschaft zusammengesetzt, entscheidet über die Beschaffenheit und über die Preise der zu erzeugenden Waren. So überläßt der Staat jeden Industriezweig in seinen inneren Angelegenheiten der Selbstverwaltung seiner Arbeiter und in den Angelegenheiten, die die Verbraucher mitberühren, der gemeinsamen Selbstverwaltung der Arbeiter und der Verbraucher. Der Staat selbst aber gleicht die Anteile aller Arbeitenden am gesellschaftlichen Arbeitsertrag einander an, indem er als Eigentümer der Arbeitsmittel von jeder nationalen Gilde eine Rente einhebt und durch die Abtufung dieser Renten die Unterschiede zwischen den Arbeitseinkommen ausgleicht.

Dieses Ideal wird nun unmittelbar zur bewegenden Kraft. Die Bergarbeiter vor allem teilen, von der ganzen Arbeiterschaft unterstützt, einen grandiosen, das ganze Land aufrüttelnden Feldzug ein, in dem sie die Rationalisierung des Bergbaues und die Organisation seiner Verwaltung durch den Staat und die Bergarbeiter zum gemeinsamen Ziel setzen. Die Eisenbahner, die Post- und Telegraphenbeamten setzen sich ähnliche Ziele.

Indessen rechnet der Gildensozialismus damit, daß in absehbarer Zeit zunächst nur die Sozialisierung des Bergbaues und der Eisenbahnen durchgeführt werden könne. Die Industrialisierung anderer Industrien glaubt er auf anderem Wege kommen zu sehen. Die Unternehmer, durch die „Unruhe der Arbeit“ immer mehr bedrängt, werden, so meint er, sich schließlich gezwungen sehen, der Arbeiterschaft Teilnahme an der Verwaltung der Industrie anzubieten. Wie der einzelne Kapitalist einen „junior partner“, einen jüngeren Gesellschafter in seine Firma aufnimmt, werde die Unternehmerschaft den Arbeitern eine Art „junior partnership“, eine Art Beteiligung an der Verwaltung der Industrie an zweiter, untergeordneter Stelle einzuräumen bereit sein. Man werde industrielle Selbstverwaltungskörper, „gemischte Komitees“ aus Unternehmern und Arbeitern bilden, um die Arbeiter an der Verwaltung und Verantwortung teilnehmen zu lassen. Aber damit dürfe sich die Arbeiterschaft nicht bescheiden. Sie müsse, auf ihre gewerkschaftlichen Nachmittels gestützt, ihre Kontrolle über die Industrie immer mehr ausdehnen, eine Funktion der Unternehmer nach der ändern an sich reißen, bis schließlich dem Unternehmertum keine Funktion in der Industrie mehr übrigbleibt und die Arbeiterschaft zur Verwaltung der Industrie reif geworden ist. Dann werde es möglich sein, die funktionlos gewordenen Kapitalisten aus der Industrie gänzlich auszuschließen. Denn jede Klasse stirbt ab, die keine gesellschaftliche Funktion mehr hat. (Cole, Selfgovernment in industry. London 1920. Seite 85 ff., 97, 281 f.)

Es fehlt dem Gildensozialismus nicht an revolutionärem Geiste; hat er sich doch unter starkem Einfluß des revolutionären Syndikalismus entwickelt. Auch seine Vorführer heben immer wieder hervor, daß die schließliche vollständige Ausschließung der Kapitalisten aus der Industrie wahrcheinlich nur auf revolutionärem Wege möglich sein werde. Aber er setzt die Revolution nicht an den Anfang, sondern an das Ende: erst müsse die Arbeiterschaft durch stetige Ausdehnung ihrer Kontrolle über die Industrie diese Kontrolle praktisch erlernen, die Fähigkeit zur Verwaltung der Industrie erworben haben, ehe sie diese Verwaltung übernehmen könne. (Cole, a. a. D., Seite 93.)

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

„Du hast mich nicht richtig verstanden, Kolja“, sagt Nikitin, „ja, wir trauern tief über die Leiden der anderen und aufzulegen uns selbst deshalb das schwere Kreuz der Qualen, den unsere Kräfte übersteigenden Kampf des Gewissens, wir verstehen es nicht, bewußt grausam zu sein und dabei von dem Recht unserer Grausamkeit überzeugt zu bleiben.“

„Kann denn aber ein solches Recht überhaupt existieren? Kann denn überhaupt ein einziger denkender, fühlender Mensch damit einverstanden sein, und nicht gegen diese Barchanale von Grausamkeiten und Gewalttaten protestieren, die augenblicklich verübt werden? Das ist ja eine Art von Atropie jeglichen Gefühls der Menschlichkeit, . . . es ist das Erwachen der dunklen, atavistischen Instinkte in den Menschen. Und, weißt du, wieviel ich darüber auch nachdenken mag, ich kann mich weder mit dem Verstande noch mit dem Herzen dreinfinden, ich kann es eben einfach nicht fassen.“

„Glaubst du aber, man müsse sich über diese Exzesse, die augenblicklich im russischen Leben herrschen, wundern? Man muß sie bloß aufmerksam, unparteiisch betrachten, um ihre völlige Natürlichkeit zu erkennen. Glaube mir, wir Führer der Revolution, wir grämen uns am meisten über diese Exzesse und über diese fürchterlichen Neuerungen der wahnsinnigen Rache. Wenn man auch die humanitäre Seite der Frage außer Acht läßt, so brauchen wir, um etwas Neues zu schaffen, unbedingte Ruhe. Und all diese Brandstiftungen, Morde und unbändigen Nachsetzungen hindern uns an unserer schöpferischen Arbeit. Alle diese Exzesse, dieser Fanatismus fallen auf diejenigen zurück, von denen sie geschaffen worden sind und noch geschaffen werden. Auf den ersten Blick erscheint es natürlich wie ein Paradox: töten, rauben, lynchen denn jetzt alle diese Bourgeois, Militär, Geistlichkeit jemanden? Und können sie denn ähnliches überhaupt wünschen? Tatsächlich ist es aber so.“

Man muß sich nur das eine überlegen, wer alle die Greuel-taten und Verbrechen verübt? Nicht das russische Volk, nein, nicht das Volk, das ein so großes, feinführendes Gewissen hat,

sondern seine Dunkelheit, seine Unwissenheit, seine Schüchternheit, sein jahrhundertlanges Joch, seine Erboshheit, die durch jene Bergewaltigungen hervorgerufen sind, die Tag für Tag an ihnen verübt wurden. Und wer tat dieses alles? Die gleiche Zaren- und bürgerliche Tyranie, die jetzt die Früchte ihrer jahrhundertlangten Arbeit in vollem, bitterem Maße ernten muß; vielleicht hat sich die Geschichte nie mit so schonungsloser Grausamkeit an den Regierungen für die verübten Freveltaten gerächt. Man braucht nur umherzublicken. Unter den Greisen der hundert Millionen zählenden Volks-masse treffen Sie Millionen von Menschen, die noch die Zeit der Leibeigenschaft erlebt haben, die sich dessen erinnern, wie sie gefaßt und verkauft wurden, die sich erinnern, wie sie gegen Hunde oder Pferde ausgetauscht wurden, wie die Ehre ihrer Frauen und Mütter geschändet wurde, — und alles dies ist, merken Sie wohl, nicht eine Legende, nicht eine Anekdote, sondern es sind erlebte Tatsachen. . . . Und nun, wo dieser dunkle, unwissende Slave nach so langen Jahren seiner Rechtlosigkeit und dem Druck der ewigen Gewalt sich frei fühlt, ist natürlich der erste Gedanke, der ihm in den Sinn kommt: — Rache, schonungslose, bittere Rache.“

Meine leichte Bewegung mit der Hand merkend, glaubt er, daß ich etwas erwidern will, und eilt, dem vorzubeugen: „Ich weiß, ich weiß, ich habe es auch schon von anderen gehört, du wirst sagen, daß ja ein Teil der Intelligenzen gleichfalls an diesen Gewalttaten und an diesem Fanatismus teilgenommen hat; es war zwar ein sehr kleiner, mikroskopischer Teil, aber es stimmt wohl, ich gebe es zu, es sind auch solche Erbitterte. Als Studenten wurden sie mit Kosaken-veitschen geschlagen, monate- und jahrelang in Einzelhaft gehalten, in kalten Karzern geprügelt; viele von ihnen kämpften in dem entfernten, verlassenen, sibirischen Taiga gegen ein überwältigendes Elend, gegen Storbü und andere Krankheiten; dort in den rauhen Tundren waren sie Augenzeugen des Todes ihrer liebsten Freunde und Verwandten. Es gibt Menschen darunter, die das unsagbar Schreckliche erlebt haben, zum Tode verurteilt gewesen zu sein. Manchmal hielt man sie hin, mit dem wochenlang über ihnen schwebenden Todesurteil, und weidete sich am Anblick ihrer Qualen, ihrer Todesangst. Nachdem man die Seelen so ver-wüstet hatte, fesselte man sie in Ketten und verurteilte sie zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Diese Leute sind es jetzt, die sich rächen. Man wendet ein, daß der gebildete Mensch als

Sieger sich über alle persönlichen Interessen stellen müsse, über jedes Rachegefühl erhaben sein müsse; das stimmt, aber auch er ist ja ein Mensch aus Fleisch, Knochen und Blut! Auch er ist Sklave seiner Leidenschaften, was wollen Sie, es ist ja so veränderlich!“ Er schweigt, und auch ich schweige. Was soll ich auch sagen? Das ist alles wahr, ich weiß es, da ich das russische Leben kenne, aber . . .

„Weißt du, worüber ich mich wundere“, fährt er fort, „nicht über diese Exzesse, diese Mord- und Raubtaten, nicht über das von der Kette losgerissene Tier der Rache, nein, ich wundere mich in diesen furchtbaren Augenblicken über die Größe der russischen Seele. Dieses Volk trägt in seiner Brust ein großes, feinfühliges Gewissen, es ist zwar noch ungebildet und grausam, aber ein Gewissen hat es trotzdem! Es genügt, umherzublicken und zu horchen: sie töten nicht alle, sie bringen nicht alle an den Bettelstab, sondern nur diejenigen, die ihr Blut getrunken haben. Diejenigen aber, die ihnen gegenüber bloß das geringste Fünkchen von Menschlichkeit bewiesen haben, die werden geschont, versteckt vor der Bergewaltigung anderer geschützt. Ist das nicht Erhabenheit? Die Menschen vergessen immer eins, daß jeder Krieg immer, bei jedem Volke, eine Periode psychopathischer Epidemie mit sich bringt. Der Krieg summt in den Menschen das moralische Gefühl ab; in einer Ekstase des Wahnsinns werfen die Menschen ihre Arbeit weg und wollen das Leben zerstören, vernichten, da es jeglichen Wert für sie verloren hat. Und wie war denn der russische Zarenkrieg? Ruhte denn das Volk, wofür es auf dem Schlachtfelde Millionen von Leiden zurückließ? Ruhten denn die Entbehrungen, der Hunger und die Leiden, welche die Familien der Zurückgebliebenen erlitten, nicht die Herzen mit bitterem Haß erfüllen? Ruhten die überall herrschenden, schamlosen Barchanalen des Diebstahls das Volk nicht in noch höherem Maße erbittern? Ja, was wollen Sie denn dann? Die Revolution ist ja das Resultat der furchtbaren zaristischen und bürgerlichen Regierung. Im Laufe einer langen Reihe von Jahren wird die Revolution auf ihren noch nicht gefestigten Schultern das schwere Erbe des alten Regimes tragen müssen. Und dabei herrscht im allgemeinen verhältnismäßig ein Mangel an Arbeitskräften, an vorbereiteten, ehrlichen, selbstlosen Menschen.“

(Fortsetzung folgt.)

